



KOMMUNALPOLITISCHES INFORMATIONSBLETT

AfD | Fraktion
Darmstadt

Schulden und höhere Abgaben

Darmstadts finanzielle Lage ist alarmierend: Die Stadt ist inzwischen mit über 3 Milliarden Euro verschuldet (einschließlich städtische Beteiligungen). Trotz jährlicher Einnahmen von knapp 900 Millionen Euro gelingt es nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Am 13.08.25 wurde nach der dritten Beratung ein Doppelhaushalt für 2025/2026 beschlossen, der zusätzliche Schulden von 72 Millionen Euro und Investitionen von 335 Millionen Euro vorsieht, insgesamt 407 Millionen Euro. Wir haben diese zukünftige Steuerbelastung für die Bürger abgelehnt.



Die Grundsteuer steigt

Einnahmen und Ausgaben klaffen gefährlich auseinander. Um dieses Defizit zu verringern, ist die Grundsteuer eine willkommene Einnahmequelle. Seit 2024 wurde der Hebesatz der Grundsteuer B von 535 auf 1.181 mehr als verdoppelt (+120,75 %). Obwohl eine aufkommensneutrale Anpassung der Grundsteuer angekündigt wurde, bestehen aufgrund mangelnder Transparenz erhebliche Zweifel, ob das in der Stadt Darmstadt wirklich gelungen ist und nicht doch - aufgrund der äußerst angespannten Haushaltsslage - zu willkommenen zusätzlichen Einnahmen geführt hat.

Denn diese werden jedes Jahr dringend gebraucht z.B. für rund 60 Millionen Euro, die in kommunale Klimaprogramme fließen. Dabei hat die Stadt Darmstadt großzügig die gesetzlichen Vorgaben ausgeweitet, z.B. indem statt des geforderten Energiestandards KfW55 der deutlich strengere Standard KfW40 bei städtisch kontrollierten Baumaßnahmen umgesetzt wird. Ob sich die erhofften positiven Auswirkungen - auf den Haushalt und auf das Stadtklima - einstellen werden, stellen wir in Frage.

Künftige Investitionen müssen auf Effizienz und Wirksamkeit geprüft werden. Mehr Einnahmen sollten nicht länger durch Steuererhöhungen, sondern durch wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigung generiert werden. Nur mit solider Haushaltsführung kann die Stadt wieder Gestaltungsfreiheit erlangen und langfristig wettbewerbsfähig bleiben.

Bevölkerung wird immer ärmer

Der jährlich erscheinende Prognos-Zukunftsatlas stuft Darmstadt dieses Jahr im Bereich Wohlstand und soziale Lage nur auf Platz 332 von 400 ein. Drückt sich in diesem Ranking nicht eine wachsende Spaltung unserer Stadtgesellschaft aus, die auch im Alltag immer deutlicher sichtbar wird? Die Zahl der Menschen in Armut oder sozialer Not steigt. Laut Sozialatlas Darmstadt sind ca. 26.000 Menschen (über 15 % der Gesamtbevölkerung), darunter ca. 7.000 Flüchtlinge, auf Bürgergeld oder Asylbewerberleistungen angewiesen. Die Ausgaben für soziale Transferleistungen wachsen stetig, ohne dass eine dauerhafte Integration in den regulären Arbeitsmarkt gelingt.

Ein weiteres Alarmzeichen ist die Wohnungsnot. 2024 wurden 535 Haushalte mit Sozialwohnungen versorgt, doch die Zahl der Wohnungssuchenden stieg dennoch von 2.926 auf 3.023. Der Bedarf wächst schneller als das Angebot. Vor allem Bauvorchriften und überzogene Klimavorgaben haben den freifinanzierten Wohnungsbau nahezu zum Erliegen gebracht. Gebaut wird fast ausschließlich staatlich gefördert, wie die 45 % Sozialwohnungen im Ludwigshöhviertel zeigen. Steigende Mieten, hohe Nebenkosten und die starke Erhöhung der Grundsteuer belasten vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen. Selbst Vollzeitbeschäftigte berichten, dass das Einkommen kaum noch reicht, um Lebenshaltungskosten zu decken. Um dieser Entwicklung zu begegnen, braucht es gezielte Maßnahmen zur Arbeitsmarktinintegration und eine klare Priorisierung von Sozialausgaben mit nachhaltiger Wirkung.



Anfrage: Grundsteuer
<https://darmstadt.gremien.info/petition?id=2070>



Anfrage: Sozialwohnungen
<https://darmstadt.gremien.info/petition?id=2095>



Asylmigration und Mobilität

Mit Anfragen vom Februar und Juni 2025 hat die AfD-Fraktion die Stadtverwaltung zur Offenlegung der Flüchtlingskosten gezwungen. Die Antworten sind alarmierend: 17,55 Millionen Euro jährlich allein für die Unterbringung von 7.005 Flüchtlingen in 13 Unterkünften. Weitere Kosten wie Jobcenter-Leistungen oder Integrationsmaßnahmen sind hierin nicht enthalten. Die AfD fordert Transparenz, Kostendisziplin und Verantwortung.

Zu den Unterbringungskosten gehören:

- Mietkosten: 9,77 Millionen Euro, davon 3,18 Millionen für die Otto-Röhm-Straße.
- Betriebskosten: 1,71 Millionen Euro, z. B. 1 Million für die Otto-Röhm-Straße.
- Sozialbetreuung: 2,39 Millionen Euro, etwa 954.000 Euro für die Otto-Röhm-Straße.
- Ertsanierung: 3,5 Millionen Euro, z. B. für die Bessunger Straße.
- Reparaturen: 190.610 Euro, mit steigender Tendenz.

Flüchtlinge in Darmstadt stammen überwiegend aus Syrien (22,7 %), der Ukraine (20,7 %) und Afghanistan (17,1 %). Von 2.588 Unterbringungsplätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen sind im Juli 2025 nur 62,6 % belegt. Familienkonstellationen verhindern laut Stadt eine Vollauslastung, dennoch wird die volle vereinbarte Miete gezahlt. Die übrigen ca. 4.500 Personen sind neben den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen, die durch das Land Hessen finanziert werden, anderweitig untergebracht.

Die Bezahlkarte für Flüchtlinge wurde trotz Landesweisung noch nicht eingeführt. Technische Probleme verzögern offenbar die Umsetzung bis Ende 2025. Während andere Regionen sie schon nutzen, dauert es in Darmstadt länger. Auch andere Maßnahmen zünden nicht, etwa die Arbeitspflicht nach AsylbLG, wie die Beantwortung unserer Anfrage vom 18.12.24 zeigt. Oder unsere Anfrage vom 07.10.24 zu Sprachkursen für Flüchtlinge: sobald es konkret wird, verweist man auf die Bundesebene.



Autofahrer und Gewerbe am Limit!

Die Verkehrspolitik in Darmstadt treibt Autofahrer und Gewerbetreibende zur Verzweiflung. Staus, fehlende Parkplätze und horrende Parkgebühren machen die Stadt unattraktiv. Kunden, die größere Einkäufe tätigen, meiden die Innenstadt, und lokale Geschäfte verlieren an Umsatz. Projekte wie der Heinerblock im Martinsviertel zielen darauf ab, Autos komplett aus dem Lebensraum zu verdrängen. Die AfD-Fraktion hat sich in der Stadtverordnetenversammlung am 08.05.2025 dagegen ausgesprochen.

Unsere Große Anfrage vom 11.06.2025 zur Parkplatzsituation zeigt: Parkgebühren stiegen auf 3,27 Millionen Euro jährlich (+18,9 %). Für 2026 sind weitere Erhöhungen und Parkzonen geplant, ohne dass Details bisher bekannt sind. Die Stadt investiert 10,5 Millionen Euro in Radwege bis 2026, während Projekte wie die Erneuerung der Rheinstraßenbrücke in weite Ferne rücken. Ausgaben für Markierungen, Poller und Kontrollen übersteigen bald die für Straßen.
Das ist inakzeptabel!

Die AfD-Fraktion fordert daher:

Schluss mit der Verschwendug! Darmstadt muss in Straßen und ÖPNV investieren, statt Autofahrer zu schikanieren. Wir stehen für eine Verkehrspolitik, die Bürger und Gewerbe entlastet.



Anfrage Flüchtlingsheime
<https://darmstadt.gremien.info/petition?id=2081>



Anfrage: Parkraumbewirtschaftung
<https://darmstadt.gremien.info/petition?id=2117>



KOMMUNALPOLITISCHE FRAKTIONSARBEIT

Ausgewogene Verkehrspolitik und Mobilitätsgerechtigkeit

Wir setzen uns für eine integrierte Verkehrspolitik in Darmstadt ein, die Auto-, Fuß und Radverkehr gleichberechtigt behandelt. Differenzierte Konzepte sollen ein konfliktfreies Miteinander aller Verkehrsteilnehmer fördern.

Reform der kommunalen Finanzpolitik: Absenkung der Grundsteuer

Die Grundsteuer belastet Eigentümer bzw. Mieter erheblich. Wir fordern eine stufenweise Absenkung, um Bürger finanziell zu entlasten und die Wohnattraktivität zu steigern. Wir lehnen konsequent jede Erhöhung ab.

Transformation in eine Arbeitsmigration

Wir lehnen den weiteren Ausbau von Flüchtlingsunterkünften ab. Stattdessen brauchen wir eine nachhaltige Integrationsstrategie mit realistischen Aufnahmekapazitäten, verbindlichen Obergrenzen und langfristigen Perspektiven für Zugewanderte. Als einzige Fraktion stellen wir zu diesem Thema kritische Anfragen.

Wissenschaftliche Klimapolitik ohne Symbolcharakter

Klimaentscheidungen müssen sachlich und fundiert sein. Wir sind gegen ideologische Übertreibungen und setzen auf pragmatische, wirksame Maßnahmen ohne unverhältnismäßige Belastung für Bürger und Unternehmen.

Qualitative Radwegesanierung statt Markierungsaktionismus

Anstatt symbolischer Markierungen mit kurzlebiger Sprühfarbe fordern wir einen bedarfsgerechten Ausbau sicherer und langlebiger Radwege. Ebenso sollten Radwege der Funktionalität dienen, gut vernetzt sein und keinen ideologischen Flickenteppich darstellen.

Solide Haushaltspolitik und Generationengerechtigkeit

Unsere Vorschläge zu Finanzpolitik konzentrieren sich auf Schuldenabbau und auf stabile zukünftige Haushalte ab. Darmstadt braucht eine langfristige Planung, um kommende Generationen nicht zu belasten.

Wirtschaftsförderung und wirksame Digitalisierung

Für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze wollen wir Bürokratie abbauen, die Gewerbesteuer senken und gezielt in Zukunftsbranchen sowie Infrastruktur investieren.

Sicherung der kommunalen Krankenversorgung

Wir kritisieren die Fusion von Klinikum und Elisabethenstift sowie die schlechter werdenden Bedingungen der Gesundheitsversorgung. Anstelle einer pauschalen Steuerfinanzierung bei Schieflagen und Lohndumping durch Änderung der Tariflage fordern wir gerechte Entlohnung für Berufe der kritischen Infrastruktur und eine nachhaltige Sicherung der Gesundheitsversorgung in Darmstadt.

Diese Ziele vertreten wir
in der Stadtverordnetenversammlung
Stets nach unserem Motto: Mut zur Wahrheit